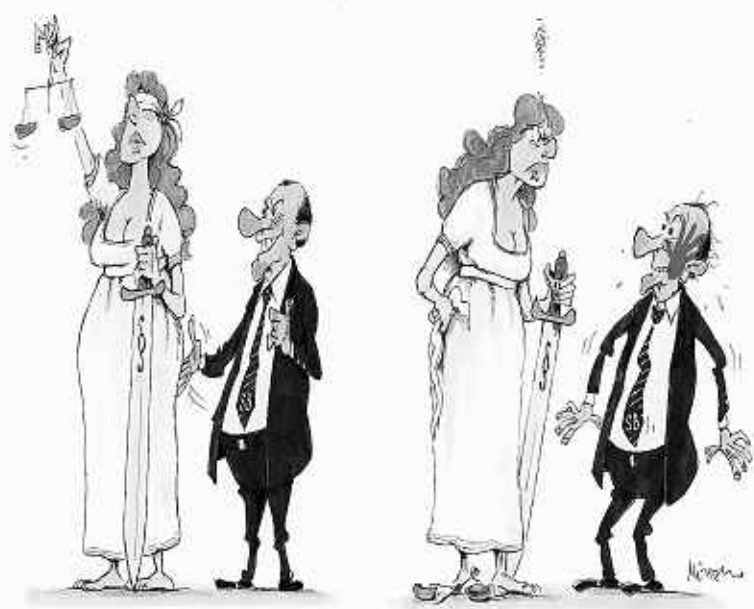


MESTERS MEINUNG



Silvio Berlusconi und die Justiz.

Zeichnung: Gerhard Mester

KOMMENTARE



Preis für eine Vision

Obama hat die Welt schon jetzt verändert

► MARCO ROSE

Barack Obama Superstar. Das war einmal. Nach ersten Höhenflügen ist der US-Präsident auf dem Boden der Tatsachen angekommen: seine Krankenversicherung floppt, in Afghanistan droht ein Krieg ohne Ende, und ehrgeizige Klimapläne scheinen kaum durchsetzbar. Aus und vorbei? Das Ende einer Lichtgestalt, die nun noch einmal mit dem Nobelpreis aufgepäppelt werden soll?

Es ist schon traurig, mit welcher Häme sich mancher auf einen Politiker stürzt, der neun Monate nach Amtsantritt angeblich nicht mehr vorzuweisen hat als eine Vision.

Eine Vision allerdings, die schon jetzt die Welt zum Positiven verändert hat. Die das politische Klima in dieser globalisierten Welt so verbessert hat, dass Frieden vielerorts kein Traum bleiben muss. Und welcher Politiker kann so etwas schon von sich behaupten?

Obama führt Krieg – ganz real

Sicher: Obama steht noch ganz am Anfang seiner Präsidentschaft – einer ungemein schwierigen zumal, von der heute niemand sagen kann, ob sie erfolgreich enden wird.

Er, der neue Friedensnobelpreisträger, führt außerdem Krieg. Ganz real. Noch hat Obama seine neue Strategie für Afghanistan nicht offenbart. Mehr

Soldaten, mehr Härte, mehr Blutvergießen? Viel spricht dafür, dass die Taliban am Hindukusch nicht anders zu besiegen sein werden.

So steht der diesjährige Friedensnobelpreis tatsächlich vornehmlich für eine Vision von globalem Frieden, die freilich niemand so verkörpert wie der US-Präsident.

Weil Barack Obama die US-Außenpolitik von jenem blinden Hass befreit, die sein Vorgänger George W. Bush in die Welt getragen hat. Weil er der Diplomatie und auch den Vereinten Nationen wieder den Stellenwert zuweist, der ihnen zusteht. Weil Obama für nukleare Abrüstung steht und das auch – etwa durch den Stopp des unsinnigen Raketenstillschlags – in praktische Politik umsetzt. Weil für ihn Menschenrechte nicht verhandelbar sind.

Jemand, der mit solchen Ambitionen antritt, droht fast zwangsläufig an den eigenen Ansprüchen zu scheitern. Er wird zumindest unschöne Kompromisse eingehen müssen.

Aber ist es deshalb naiv, auf die Kraft von Visionen zu setzen? Nein. Naiv wäre es bloß, den Nobelpreis zu überschätzen, ihn gar als Belastung für Obama zu begreifen. Bei aller Wertschätzung für die Juroren: Erinnern Sie sich noch an den Preisträger des vergangenen Jahres? ► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de



Eine Inszenierung

Lafontaines Rückzug mit Hintergedanken

► CHRISTINA MERKELBACH

Oskar Lafontaine kandidiert wider Erwarten kein weiteres Mal für den Fraktionsvorsitz seiner Linkspartei im Bund. Für derlei Überraschungen ist er bekannt. 1995 stürzte er, Noch-Mitglied der SPD, den damaligen Parteichef Scharping und installierte sich selbst auf diesem Posten. Von diesem und seinem Amt als Finanzminister unter Kanzler Gerhard Schröder trat er vier Jahre später zurück. Beides traf sowohl Öffentlichkeit als auch eigene Partei völlig unerwartet. So, wie sein jüngster Entschluss.

Wer diesen deuten will, darf auch etwas anderes nicht aus den Augen lassen, das Lafontaine in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt hat: Nichts, was er als einer der beiden großen Männer der Linken tut, ist pure politische Strategie. Es ist immer auch ein Zeichen in die Richtung der Sozialdemokraten. Kein Schritt, bei dem Lafontaine nicht auch die Frage im Hinterkopf hat, wie sein Handeln wohl bei seinen ehemaligen Parteigenossen ankommen werde.

Sein Rückzug von der Spitze der Bundestagsfraktion ist auch ein Wink an Müntefering, Struck & Co. Während diese bis

zuletzt an ihren Posten in der Führungsriege der SPD klebten und nur unter dem allzu großen Druck des miserablen Abscheidens bei der Bundestagswahl endlich ihren Hut genommen haben, will Lafontaine zeigen: „Schaut her, im Gegensatz zu euch habe ich kein Problem damit, einen machtvollen Posten freiwillig aufzugeben.“

Lafontaine geht es um die Außenwirkung, er ist ein Freund der Inszenierung. Dass er seine Kräfte nun zu einem großen Teil wieder auf das Saarland konzentrieren will, wo er immerhin 14 Jahre als Ministerpräsident regiert hat, ist kein Rückzug von der Macht.

Es steht viel auf dem Spiel, und die Linke-Fraktion im neuen saarländischen Landtag ist parlamentarisch unerfahren. Lafontaine will sie stützen und mit dafür sorgen, dass in Saarbrücken künftig Rot-Rot-Grün regieren wird.

Das wäre gleich in zweifacher Hinsicht ein Signal, dass die Linke auch außerhalb Berlins regierungsfähig ist: Für die NRW-Landtagswahl im kommenden Jahr und die Bundestagswahl 2013. ► c.merkelbach@zeitungsverlag-aachen.de

DAS THEMA: LAFONTAINE GIBT FRAKTIONS-VORSITZ AB

Für politische Nachrufe ist es viel zu früh

Der Chef der Partei „Die Linke“ überrascht mit seinem Rückzug ins Saarland fast alle. Doch an Einfluss dürfte er kaum etwas einbüßen.

VON STEFAN VETTER

Berlin. Für einen Moment schien es gestern so, als wollte sich Oskar Lafontaine aufs Altenteil zurückziehen. Dafür sorgte eine Eilmeldung der Nachrichtenagenturen, der 66-Jährige stehe nicht mehr für den Fraktionsvorsitz der Linken im Bundestag zur Verfügung. Seit vier Jahren teilen sich Lafontaine und Gregor Gysi diesen Posten. Doch alle politischen Nachrufe waren verfrüht. Sein Bundestagsmandat will der Saarländer genauso behalten wie den Parteivorsitz. Das sichert ihm auch weiterhin den gewünschten Einfluss. Bereits seit Donnerstag gab es Spekulationen über Lafontaines möglichen Teilrückzug. Sie wurden auch durch den Chef der saarländischen Linken, Rolf Linsler, befeuert, der Lafontaines Verbleib im Landtag von Saarbrücken für den Fall angekündigt hatte, dass es zu einer rot-rot-grünen Landesregierung kommt.

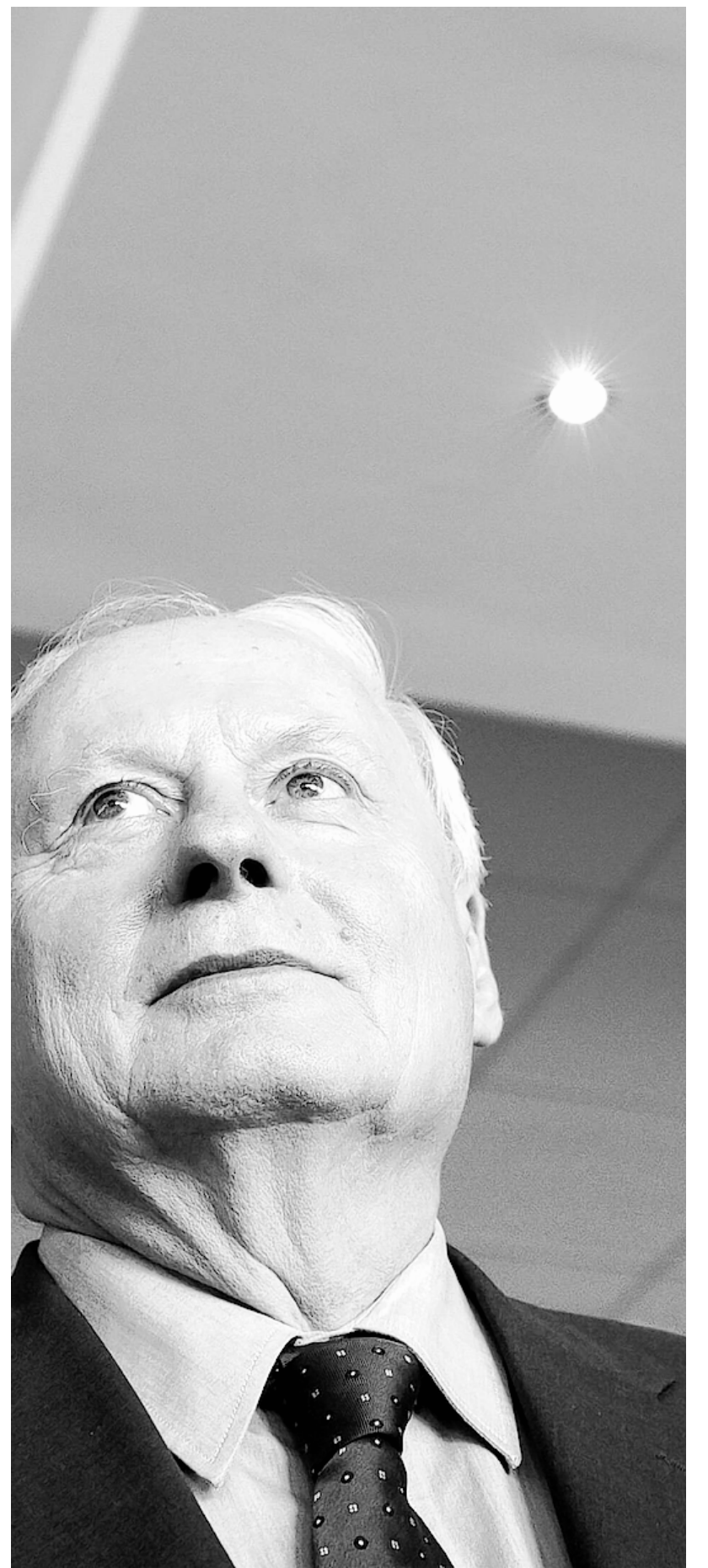
Grüne entscheiden morgen

Das Zünglein an der Waage sind hier die Saar-Grünen, die darüber am morgigen Sonntag auf einem Parteitag eine Entscheidung fällen wollen. Auf der Klausurtagung der Bundestags-Linken gestern im brandenburgischen Rheinsberg dementierte Lafontaine jedoch einen solchen Zusammenhang. Sein Entschluss, nicht mehr für die Fraktionspitze im Bundestag zu kandidieren, begründete er mit parteiinternen Überlegungen. Sowohl für die Doppelspitze der Bundestagsfraktion als auch für die der Partei müssten künftig die Frauenquote und der Ost-West-Proporz Beachtung finden. Da im Saarland noch keine Entscheidung für ein Regierungsbündnis gefallen sei, könne er sich auch nicht zu seiner möglichen Rolle dort äußern.

Anders als zuvor kolportiert,

will Lafontaine sein Bundestagsmandat behalten. Der Parteivorsitz steht für ihn ebenfalls nicht zur Disposition. Darauf wolle er sich jetzt „konzentrieren“, verkündete Lafontaine. Beobachter schlossen daraus, dass der Saarländer weiter eine Schlüsselstellung bei den Linken einnehmen wird. Lafontaine schaffe sich nur etwas Arbeit vom Hals, aber sein Einfluss bleibe erhalten. Auch der ehemalige Europaabgeordnete und Vordenker der Linken, Andre Brie, sieht in Lafontaines Teilrückzug keine einschneidende Veränderung. „Er wird Parteivorsitzender bleiben, so dass die für uns sehr produktive Doppelspitze mit dem gleichzeitigen Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi fortgesetzt wird“, sagte Brie.

Auf der Klausurtagung der Linken wurde zunächst nur Gregor Gysi als Fraktionschef bestätigt. Er erhielt 94,7 Prozent der Stimmen und damit ein um drei Prozentpunkte besseres Ergebnis als beim letzten Mal. Der Zeitpunkt für die Wahl seiner Co-Vorsitzenden, die aus den alten Bundesländern stammen muss, steht noch nicht fest. Spätestens daran wird deutlich, dass Lafontaines Entscheidung mitnichten in den Fraktionsgremien abgestimmt war, sondern für die meisten völlig überraschend kam. Dieses Vorgehen hat bei dem Saarländer schon Tradition. 1995 hatte er SPD-Chef Rudolf Scharping durch einen spektakulären Putsch zu Fall gebracht. Im März 1999 überwarf sich Lafontaine mit Kanzler Gerhard Schröder und trat sowohl vom Parteivorsitz als auch vom Posten des Bundesfinanzministers zurück. Sechs Jahre später kehrte Lafontaine der Sozialdemokratie endgültig den Rücken. Seit 2007 ist er zusammen mit Lothar Bisky Vorsitzender der Linkspartei. Viele Sozialdemokraten empfinden das Verhalten ihres ehemaligen Chefs bis heute als unverzeihlich. Der Parteienfor-



Entspannter Blick in die Zukunft. Der Chef der Partei „Die Linke“, Oskar Lafontaine, will weiter einflussreich bleiben. Foto: ddp

scher Peter Lösche ist indes davon überzeugt, dass sich durch Lafontaines Entschluss, den Fraktions-

vorsitz abzugeben, das Verhältnis zwischen SPD und Linken schneller normalisieren wird als gedacht.

KURZ GEFRAGT

Was bedeutet diese Entscheidung für die SPD?



► OTTMAR SCHREINER

Bundestagsabgeordneter vom linken Flügel der SPD

Berlin. Nach Ansicht des SPD-Linken Ottmar Schreiner könnte sich das Verhältnis seiner Partei

zur Linkspartei nach dem Rückzug Oskar Lafontaines vom Fraktionsvorsitz entkrampfen. Mit Schreiner sprach unser Berliner Korrespondent **Stefan Vetter**:

Herr Schreiner, kommt der politische Teilrückzug von Oskar Lafontaine für Sie überraschend?

Schreiner: Nein, er trug sich seit längerem mit dem Gedanken,

die mit den beiden Spitzenämtern verbundenen Belastungen zurückzufahren.

Was verändert sich mit Lafontaines Entschluss für die Oppositionsarbeit der SPD im Bundestag?

Schreiner: Etlichen Sozialdemokraten könnte es leichter fallen, das Verhältnis zur Fraktion der Linkspartei zu entkrampfen.

Glauben Sie, dass Lafontaines Platz im Falle einer künftigen rot-rot-grünen Landesregierung im saarländischen Landtag sein wird?

Schreiner: Nein, ich glaube nicht an einen längerfristigen Verbleib von Lafontaine im saarländischen Landtag. In seiner Erklärung ist zu lesen, dass er sein Bundestagsmandat behalten will.

Beamte in der Grauzone der Parteipolitik

Wie Staatsdiener in die Koalitionsverhandlungen eingebunden werden. Juristen halten das für unzulässig.

VON WERNER KOLHOFF

Berlin. Was dem einen recht ist, ist dem anderen noch lange nicht gebilligt. In NRW wurde der Bochumer Polizeipräsident vom FDP-Innenminister geschasst, weil er der oppositionellen SPD bei der Abfassung einer parlamentarischen Anfrage geholfen haben soll. Vermischung von Parteitätigkeit und Beamtenpflichten während der Dienstzeit, lautete der Vorwurf. In Berlin sitzen derzeit wie selbstverständlich hohe Beamte mit im Verhandlungsraum der künftigen Koalitionspartner CDU, CSU und FDP. Sie erstellen Papiere und Expertisen oder führen Protokoll. Sie arbeiten nicht für die Regierung, sondern für Parteien, die erst Regierung werden wollen. Aber sie werden vom Steuerzahler bezahlt.

Besonders aktiv beim außerbehördlichen Einsatz ist das Kanzler-

amt. Sein Chef, Minister Thomas de Maizière, spielt bei den Beratungen eine führende Rolle und setzt etliche seiner Mitarbeiter dafür ein. So leitet de Maizière die Arbeitsgruppe Finanzen und nimmt wie selbstverständlich den Abteilungsleiter Wirtschaft aus dem Kanzleramt, Ministerialdirektor Jens Weidmann, mit in die Gespräche. Und ganz offiziell ist ein anderer Mitarbeiter des Kanzleramtes dem vierköpfigen „Redaktionsteam“ zugeteilt, das aus den Beschlüssen der zehn Arbeitsgruppen einen Vertragstext machen soll. Auch die CSU hat für dieses Redaktionsteam einen Beamten geschickt: Ministerialdirektor Walter Schön, Amtschef der Münchener Staats-

kanzlei. Das sei „geübte Praxis“, hieß es dazu bei der bayerischen Staatsregierung. Hilfsweise bemühte man in München das Argument, Schön vertrete in der Runde das Länderinteresse Bayerns, denn

„Das ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen die Grenzen zwischen Staat und Parteien schleichend verwischt werden.“

HERBERT VON ARNIM, PARTEIKRITIKER

bei den Koalitionsverhandlungen gehe es auch um Länderfragen. Allerdings arbeitet das Redaktionsteam nicht etwa dem Bundesrat als Länderkammer zu, sondern ausschließlich den Generalsekre-

tären der drei Parteien, die zusammen mit de Maizière eine Steuerungsgruppe bilden.

Nach Meinung von Juristen ist der Einsatz von Beamten für Parteigespräche unzulässig – aber gängige Praxis, nicht nur bei Union und FDP. Schon immer wurden bei Regierungsbildungen Experten aus Staatskanzleien oder Finanzministerien bemüht, etwa um geplante Koalitionsbeschlüsse durchzurechnen. Die Parteien verfügen gar nicht über entsprechendes Personal. Der Staatsrechtler Herbert von Arnim warnte dennoch: „Das ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen die Grenzen zwischen Staat und Parteien schleichend verwischt und von den Parteien immer weiter hinausgeschoben werden.“ Er beobachtet bei den Parteien längst eine Gewöhnung daran, die staatlichen Apparate wie selbstverständlich zu nutzen.